

CO₂-Bepreisung in Frankreich

Das europäische Emissionshandelssystem EU-ETS und die CO₂-Steuer

August 2019

Autorin:
Marie Boyette, DFBEW, marie.boyette.extern@bmwi.bund.de

Der Disclaimer befindet sich auf der letzten Seite des Dokuments.

Zusammenfassung

Im Jahr 2017 wurden in Frankreich circa 60 % der Treibhausgasemissionen durch zwei komplementäre CO₂-Preissysteme abgedeckt.

Etwa 20% der französischen Emissionen wurden durch das europäische Emissionshandelssystem (EU-ETS) bepreist. Hierunter fallen unter anderem Emissionen aus der Stromerzeugung und den Wärmenetzen, der energieintensiven Industrie sowie der europäischen Luftfahrt. Parallel zu den strukturellen Reformen des EU-ETS ist der Preis für die Emissionszertifikate von zwischen 5 und 6 €/tCO₂ im Jahr 2016 auf zwischen 25 und 28 €/tCO₂ im Sommer 2019 gestiegen.

Etwa 40 % der Emissionen wurden über die CO₂-Steuer, den sogenannten „Beitrag für Klima und Energie“, abgedeckt. Diese Abgabe betrifft den Teil der Emissionen, die durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe in Haushalten wie im gewerblichen Bereich entstehen. Sie wird demnach auf einen Teil der direkten aus dem Verkehrs-, dem Wohnungs- und Dienstleistungssektor stammenden Emissionen erhoben. Die CO₂-Steuer wurde 2014 mit einem Satz von 7€/tCO₂ eingeführt, dieser wurde bis 2018 jedes Jahr erhöht. In Folge der sog. Gelbwestenproteste wurde die CO₂-Steuer 2019 bei 44,6 €/tCO₂ eingefroren. Dieser Vorgang löste viele Diskussionen in Frankreich aus.

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Gefördert durch:



MINISTÈRE
DE LA TRANSITION
ÉCOLOGIQUE
ET SOLIDAIRE

Einleitung

Im Jahr 2019 führten verschiedene Länder und Regionen weltweit einen direkten CO₂-Preis ein.¹ In diesen Systemen bezahlt der Verursacher von Emissionen den jeweiligen CO₂-Preis direkt über zwei Instrumente, die sich gegenseitig ergänzen können: eine Steuer und Emissionsquoten.

Treibhausgasemissionen betragen 465 MtCO_{2eq} in Frankreich im Jahr 2017 und 907 MtCO_{2eq} in Deutschland (Abbildung 1).² Die Unterschiede bei den Emissionen zwischen beiden Ländern lassen sich durch diverse Parameter erklären. Die nachfolgende Aufzählung erhebt jedoch keinen Anspruch auf Vollständigkeit:

- der Strommix: 2017 lag der Anteil von Kohle und Gas an der Bruttostromerzeugung in Deutschland bei 49,8 %, in Frankreich hingegen belief sich dieser Anteil auf ca. 7,2%,³
- die Wirtschaftsstruktur: Der jeweilige Anteil der Industrie und der Landwirtschaft am BIP in beiden Ländern;
- die Bevölkerungsgröße: 2017 zählte Frankreich 67 Millionen und Deutschland 83 Millionen Einwohner.⁴

Beide Länder haben sich ehrgeizige Ziele zur Reduzierung dieser Emissionswerte gesetzt. Bis zum Jahr 2050 will die aktuelle französische Regierung, die Klimaneutralität zu erreichen.⁵ Deutschland verfolgt das Ziel, im gleichen Zeitraum 80 - 95 % einzusparen (dies entspricht 60 bis 250 MtCO_{2eq} bis 2050) im Vergleich zu 1990.

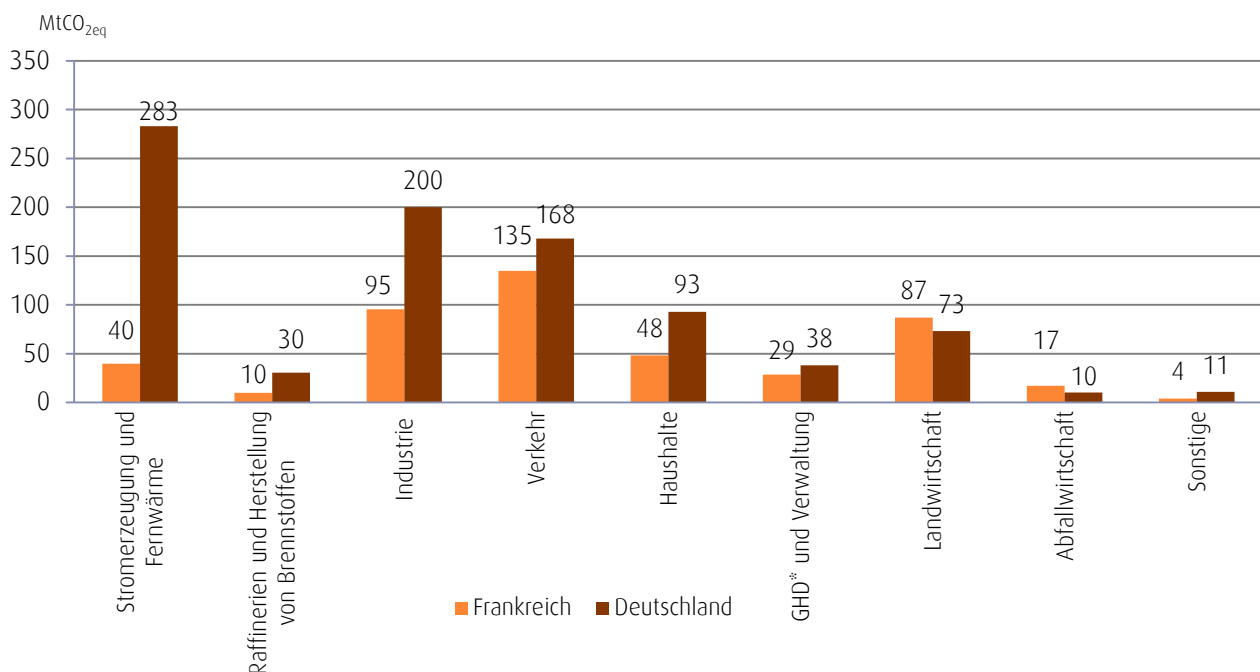


Abbildung 1: Treibhausgasemissionen in Deutschland und Frankreich nach Sektoren (in MtCO_{2eq}) im Jahr 2017.

Gesamtmenge der Emissionen: 465 MtCO_{2eq} in Frankreich und 907 MtCO_{2eq} in Deutschland. *GHD: Gewerbe, Handel und Dienstleistungen. Quelle: [Europäische Umweltagentur](#). Bezugsbereich: nationale Emissionen außer LULUCF (Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft) sowie indirekte CO₂-Emissionen. Format UNFCCC-aggregiert. Darstellung: DFBEW.

¹ Weiterführende Informationen siehe I4CE (2019), Globale Länderübersicht der CO₂-Preise 2019 (auf [Französisch](#) und [Englisch](#)).

² Die Maßeinheit CO₂-Äquivalent (CO_{2eq}) bezeichnet die Konzentration verschiedener Treibhausgase in der Atmosphäre, die unterschiedliches Potenzial für die Erderwärmung aufweisen. Demnach hat 1 kg CH₄ auf 100 Jahre gerechnet dieselben Auswirkungen wie 25 kg CO₂. Durch die Einheit CO₂-Äquivalent können das Potenzial für die Erwärmung im Verhältnis zum CO₂ umgerechnet und die unterschiedlichen Treibhausgase kumuliert werden.

³ BMWi (2018), [Energiedaten: Gesamtausgabe](#) und RTE (2018), [Bilan électrique 2018](#).

⁴ INSEE ([Webseite](#)) und DESTATIS ([Webseite](#)).

⁵ [Entwurf](#) des Gesetzes zu Energie- und Klimafragen.

Im Jahr 2017 waren **in Frankreich** circa 60% der Treibhausgasemissionen durch zwei, sich gegenseitig ausschließende Preissysteme abgedeckt:

- **20 % der Emissionen (ca. 100 MtCO_{2eq})** sind durch das **europäische Emissionshandelssystem (EU-ETS) abgedeckt**. Hierunter fallen Stromerzeugung und Wärmenetze (Anlagen ab 20 MW), Raffinerien, energieintensive Industrien sowie die europäische Luftfahrt;⁶
- **40% der Emissionen (ca. 180 MtCO_{2eq})** werden über die **CO₂-Steuer**, den sogenannten **Beitrag für Klima und Energie**, abgedeckt. Diese Steuer betrifft einen Teil der Emissionen, die durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe in Haushalten wie im gewerblichen Bereich entstehen. Sie wird demnach auf einen Teil der direkten aus dem Verkehrs-, dem Wohnungs- und Dienstleistungssektor stammenden Emissionen, sowie 8% der Emissionen der Industrie erhoben.⁷

Der französische Agrarsektor sowie die Abfallwirtschaft werden größtenteils nicht über eine direkte Bepreisung von Emissionen abgedeckt.⁸ Darüber hinaus werden zur Verringerung der Treibhausgasemissionen weitere Instrumente wie das französische Bonus-Malussystem (*malus auto*), das an die CO₂-Emissionen des Fahrzeugs gekoppelt ist⁹ oder die reduzierte Mehrwertsteuer bei energetischen Sanierungen eingesetzt.¹⁰ Ebenso kann das Gesamtvolumen der Energiesteuern den relativen Preis der einzelnen Energieträger beeinflussen.

Das vorliegende Memo befasst sich mit den unterschiedlichen bestehenden Systemen zur direkten CO₂-Bepreisung in Frankreich, nämlich mit den folgenden Instrumenten: EU-ETS ([Teil I](#)) und CO₂-Steuer ([Teil II](#)).

I. Das europäische Emissionshandelssystem EU-ETS

Das 2005 ins Leben gerufene europäische Emissionshandelssystem EU-ETS (*European Union Emission Trading Scheme*) deckt über 45 % der Emissionen der Europäischen Union ab. Es betrifft die **Stromerzeugung aus fossilen Kraftwerken¹¹, Wärmenetze, Raffinerien, energieintensive Industrie** (Stahl, Zement, Glas- und Papierindustrie usw.) **sowie seit 2012 die europäische Luftfahrt**. Neben CO₂-Emissionen sind teilweise die Treibhausgase N₂O und perfluorierte Kohlenwasserstoffe (PFC) emissionshandelspflichtig.

Von den über 12 400 europäischen Anlagen, die 2017 EU-ETS emissionshandelspflichtig waren, befanden sich 1 098 in Frankreich und 2047 in Deutschland. 2017 wurden ca. 45 % der deutschen Treibhausgasemissionen über das EU-ETS-System abgedeckt (407 MtCO_{2eq}).¹²

I.1. Funktionsweise

Das EU-ETS funktioniert nach dem Prinzip des sogenannten *Cap & Trade*. Eine Obergrenze (*Cap*) legt fest, wie viel Treibhausgasemissionen in der EU insgesamt ausgestoßen werden dürfen. Hiermit soll eine Reduzierung der Emissionen gegenüber 2005 um 21 % bis 2020 sowie 43 % bis 2030 erreicht werden.¹³

Die Mitgliedstaaten legen anschließend eine Obergrenze der Emissionszertifikate für die betroffenen Anlagen fest. Eine entsprechende Menge an Emissionszertifikate wird diesen entweder kostenlos zugeteilt oder die notwendige Menge muss ersteigert werden.¹⁴ Ein Zertifikat entspricht einer Tonne ausgestoßener Kohlendioxidemissionen aus-

⁶ CITEPA (2019), Données Système d'Échanges de Quotas d'Émissions pour l'Union européenne (auf [Französisch](#)).

⁷ I4CE (2017), Panorama mondial des prix du carbone en 2017 (auf [Französisch](#)) und Ademe (2019), La contribution climat-solidarité, fiche technique (auf [Französisch](#)).

⁸ Ebd.

⁹ Das französische Bonus-Malussystem (*malus auto*) ist eine Kraftfahrzeugsteuer, die bei der Erstanmeldung für Fahrzeuge mit hohem CO₂-Ausstoß erhoben wird. Weitere Informationen: [Webseite des MTES](#).

¹⁰ Weitere Informationen siehe MTES (2017), La fiscalité environnementale (auf [Französisch](#)), S.43.

¹¹ Anlagen, die ausschließlich Biomasse verarbeiten, sind vom EU-ETS ausgenommen.

¹² CITEPA (2019), Données Système d'Échanges de Quotas d'Émissions pour l'Union européenne (auf [Französisch](#)).

¹³ MTES (2016), [Panorama Énergie-Climat 2016](#) S. 66.

¹⁴ Die Bestimmungen zur Arbeitsweise des EU-ETS und zu den Zuweisungen von Emissionszertifikaten haben sich in den unterschiedlichen Handelsperioden des Mechanismus verändert: erste Handelsperiode (2005-2007), zweite Handelsperiode (2008- 2012) sowie die dritte Handelsperiode

gedrückt in tCO₂. Die entsprechenden Anlagen müssen jedes Jahr so viele Zertifikate erwerben wie ihre verifizierten Emissionen. Sollten sie den Mindestverpflichtungen nicht nachkommen können, wird dies sanktioniert. Bei Überschüssen oder Mängeln können die Zertifikate auf dem Markt frei gehandelt werden (siehe Abbildung 2).

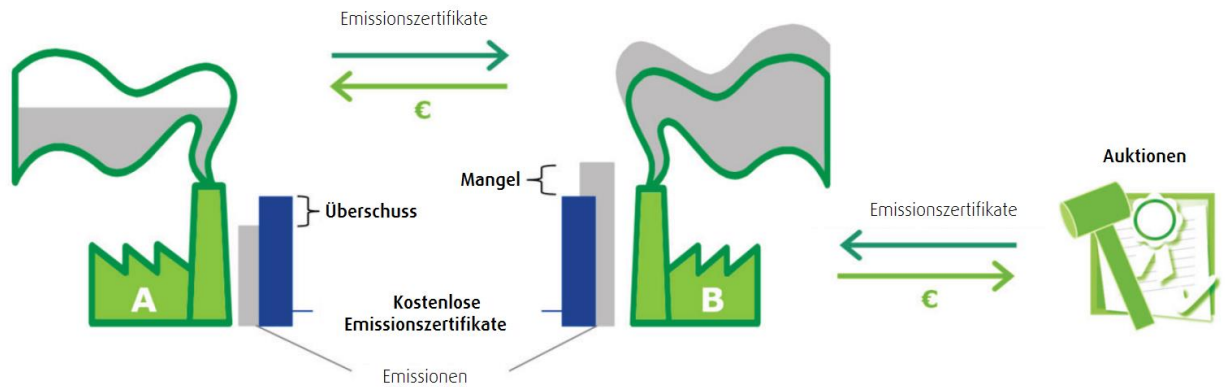


Abbildung 2: Funktionsweise des EU-ETS. Quelle: Europäische Kommission (2015), [EU-ETS Handbook](#), S. 16.

Seit 2013 werden den deutschen und französischen Stromerzeugungsanlagen keine kostenlosen Emissionszertifikate mehr zugeteilt. Diese müssen ersteigert werden. Die Einnahmen aus dem Emissionshandel fließen in die Mitgliedsstaaten zurück. So werden die ersteigerten Einnahmen in Frankreich einem von der französischen Agentur für Wohnraum (*Agence nationale de l'habitat*, ANAH) geleiteten Programms zur energetischen Sanierung von Wohnungen für einkommensschwache Haushalte zugewiesen.¹⁵

Das EU-ETS hat in Europa zu einem Rückgang der CO₂-Emissionen von 24 % innerhalb von 10 Jahren (2005-2015) beigetragen. Der Zertifikatspreis im EU-ETS hat sich in den letzten Jahren mehrmals verändert. Die Europäische Union hat mehrere strukturelle Reformen auf den Weg gebracht, um Überschüsse auf dem Markt zu reduzieren und eine Marktstabilitätsreserve ab 2019 einzuführen.¹⁶ Der Preis für die Emissionszertifikate schwankt zwischen 5 und 6 €/tCO₂ im Jahr 2016 und zwischen 25 und 28 €/tCO₂ im Sommer 2019 (siehe Abbildung 3).



Abbildung 3: Spot-Preisentwicklung der Emissionszertifikate im EU-ETS zwischen Januar 2009 und Juli 2019. Quelle: EEX.

(2013-2020). Zur Ausgestaltung des EU-Emissionshandels für die vierte Handelsperiode (2021- 2030) laufen derzeit Verhandlungen. Weitere Informationen: Europäische Kommission (2015), [EU-ETS Handbook](#), S. 19.

¹⁵ MTEES, Utilisation des revenus tirés du marché carbone ([Webseite](#)).

¹⁶ Europäische Kommission, Strukturelle Reform des EU-Emissionshandelssystems ([Webseite](#)).

I.2. Frankreich: Vorschläge für einen Preiskorridor

Seit 2017 hat der französische Präsident Emmanuel Macron, **einen „fairen CO₂-Preis“ gefordert** und die Einführung eines Mindestpreises in Europa vorgeschlagen. Dieser Preis solle **mindestens 25 bis 30 €/tCO₂ betragen**, um positive Impulse auf die Energiewende zu setzen und Investitionen in eine CO₂-arme Wirtschaft zu fördern. Dem französischen Ministerium für den ökologischen und solidarischen Wandel (*Ministère de la Transition énergétique et solidaire*, MTES) zufolge könnte dieser Preis mittels eines Preiskorridors umgesetzt werden. Ein Mindestpreis und maximaler Preis sollen die Volatilität des Marktes verringern und ein langfristiges Signal an Investoren senden. Der Preiskorridor wäre in Verbindung mit einer Verstärkung des Mechanismus gegen eine Abwanderung der Industrie (*Carbon Leakage*) eingeführt.¹⁷

Dem französischen Präsidenten zufolge soll zusätzlich **eine europäische CO₂-Steuer an den Grenzen Europas** eingeführt werden, um eine Gleichbehandlung zwischen europäischen Produzenten und ihren außereuropäischen Konkurrenten sicherzustellen.¹⁸ 2019 hat Emmanuel Macron gemeinsam mit Ursula Von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission, diese Vorschläge erneut formuliert.¹⁹

II. Die CO₂-Steuer in Frankreich

In Frankreich wurde 2014 den internen Energieverbrauchssteuern eine CO₂-Komponente hinzugefügt. Der sogenannte **Beitrag für Klima und Energie** (*contribution climat-énergie*) wird derzeit bei **privaten und gewerblichen Verbrauchern** erhoben. **2019 liegt dieser Beitrag bei 44,6 €/tCO₂**. Die Energieverbrauchssteuer und ihr Beitrag für Klima und Energie werden vom französischen Zoll erhoben.

Der Beitrag für Klima und Energie ist als Komponente in folgenden Steuern enthalten:

- **interne Erdgasverbrauchssteuer** (*taxe intérieure de consommation sur le gaz naturel, TICGN*)
- **interne Kohleverbrauchssteuer** (*taxe intérieure de consommation sur le charbon, TICC*)
- **interne Energieverbrauchssteuer** (*taxe intérieure de consommation sur les produits énergétiques, TICPE*): Sie wird auf Mineralölerzeugnisse und Kohlenwasserstoffe erhoben, die als Kraftstoffe oder Brennstoffe verwendet werden.

Die bereits dem EU-ETS unterworfenen Industrieanlagen, sowie die Stromsteuer für Endverbraucher fallen nicht unter diese Regelung, um eine Doppelbesteuerung zu verhindern.

Wie werden die Energiesteuern anhand des Beitrages für Klima und Energie berechnet?

Der Beitrag ist an sich keine eigene Steuer, sondern wird innerhalb der jeweiligen Energiesteuer berechnet, wie z.B. für das Jahr 2019:

$$\text{Energiesteuer (TICGN, TICC oder TICPE)}_{2019} = \text{fixer Anteil der Steuer} + 44,6 \times \text{CO}_2\text{-Gehalt pro Tonne des Energieträgers}$$

Der zu zahlende Beitrag für Klima und Energie ist also für CO₂-intensive Energieträger höher als für CO₂-arme Energieträger.

¹⁷ MTES, Marchés du carbone ([Webseite](#)).

¹⁸ Ellysée (2017), Initiative für Europa – Rede von Macron für ein souveränes, geeintes und demokratisches Europa (siehe [Webseite](#) der französischen Botschaft in Deutschland).

¹⁹ Ellysée (2019), Gemeinsame Erklärung von Emmanuel Macron und Ursula von der Leyen vom 23. Juli 2019 ([Webseite](#)).

Befreiungen (2019):

Unterschiedliche Sektoren werden vollständig oder teilweise von den Energiesteuern, bzw. von dem Beitrag für Klima und Energie befreit, z.B.:²⁰

- vollständig: Luftverkehr, Schifffahrt, Brennholz, Energieerzeugnisse, die zweierlei Verwendungszweck haben, nichtmetallische Mineralerzeugnissen und Strom- und Gaserzeugung
- teilweise: Taxis, Güterverkehr sowie öffentliche Verkehrsmittel

II.1. Entwicklung des Beitrages für Klima und Energie bis August 2019

Zu Beginn 2014 betrug dieser **Beitrag für Klima und Energie** 7 €/tCO₂. Schließlich wurden in verschiedenen Haushaltsgesetzen sowie im französischen Gesetz für die Energiewende und grünes Wachstum (*loi relative à la transition énergétique pour la croissance verte*, LTECV) ein Entwicklungspfad festgelegt, mit dem Ziel einen Preis von **100 €/tCO₂ bis 2030 zu erreichen** (siehe Abbildung 5). **2017 wurde ein steilerer Entwicklungspfad festgelegt, um den fossilen Energieverbrauch zu senken.** Der Beitrag für Klima und Energie sollte sich um jährlich 10,4 € erhöhen und damit auf 65,4 €/tCO₂ bis 2020 (gegenüber ursprünglich 56 €/tCO₂) und auf 86,2 €/tCO₂ bis 2022 steigen.²¹ Zudem war eine Angleichung der Steuer für Benzin und Diesel bis zum Ende der Amtszeit Macrons im Jahr 2022 vorgesehen. Ziel der Maßnahme war unter anderem die Bekämpfung der Luftverschmutzung.²² Mit dem Aufkommen der „Gelbwesten“-Bewegung wurden der Beitrag für Klima und Energie auf 44,6 €/tCO₂ sowie die Steuerangleichung im Dezember 2018 eingefroren. Im Juli 2019 hat die französische Regierung angekündigt, dass keine Erhöhung des Beitrages für Klima und Energie im Haushaltsgesetz für 2020 vorgesehen ist.²³

Die Entwicklung des Beitrages für Klima und Energie, sowie von einiger französischer Energiesteuer zwischen 2013 und 2019 finden sie in den Abbildungen 4 und 5. 2019 entspricht zum Beispiel der Beitrag für Klima und Energie zwischen 12,5 ct/l und 14 ct/l auf den Kraftstoffpreis.²⁴

Steuer	Produkte	2013	2014 (1. April)	2015	2016	2017	2018	2019
TICGN	Erdgas Haushalte (€/MWh PCS)	-	1,27	2,64	4,34	5,88	8,45	8,45
TICC	Kohle (€/MWh)	1,19	2,29	4,75	7,21	9,99	14,62	14,62
TICPE	Leichtes Heizöl (ct/l)	5,66	5,66	7,64	9,63	11,89	15,62	15,62
	Schweres Heizöl (ct/kg)	1,85	2,19	4,53	6,88	9,54	13,95	13,95
	Benzin E5 (ct/l)	60,69	60,69	62,41	64,12	65,07	68,29	68,29
	Benzin E10 (ct/l)	60,69	60,69	62,41	62,12	63,07	66,29	66,29
	Dieselmotorkraftstoff (ct/l)	42,84	42,84	46,82	49,81	53,07	59,4	59,4

Abbildung 4: Entwicklung einiger französischer Verbrauchssteuern für Energieprodukte von 2013 bis 2019.

Quelle: MTES, *Fiscalité des énergies* (Energiesteuer, [Webseite](#)) und [Codes des douanes](#) am 28.12.2018.

Der durch den Beitrag für Klima und Energie zu erwartende Rückgang der CO₂-Emissionen wurde im Jahr 2017 auf 1 MtCO₂ für den Bereich Straßenverkehr sowie auf 2 MtCO₂ für den Gebäudesektor geschätzt.²⁵

²⁰ Ademe (2019), La contribution climat-solidarité, fiche technique (auf [Französisch](#)).

²¹ MTES (2018), Paquet solidarité climatique, quatre mesures écologiques et solidaires, [Pressedossier](#).

²² Idem, S.20.

²³ Conseil de défense écologique (2019), Conférence de presse du 9 juillet 2019, Video auf [Französisch](#).

²⁴ Ademe (2019), La contribution climat-solidarité, fiche technique (auf [Französisch](#)).

²⁵ [Webseite](#) des MTES.



Einnahmen und Zweckbestimmungen:

Die Einnahmen aus dem französischen Beitrag für Klima und Energie werden auf 2,3 Mrd. € im Jahr 2015, 3,8 Mrd. € im Jahr 2016, 6,4 Mrd. € im Jahr 2017 und circa 9 Mrd. € jeweils im Jahr 2018 und 2019 geschätzt.²⁶

Im französischen Haushalt können die Einnahmen nicht zweckgebunden sein. Dies trifft auch für die Einnahmen durch Energiesteuern und den Beitrag für Klima und Energie zu. Eine Ausnahme wurde jedoch geschaffen, wo ein Teil der Energiesteuern für die **Finanzierung des erneuerbaren Stroms, des Biomethans und der Demand-Side-Management Ausschreibungen** zweckgebunden wurde. Das Gesetz für die Energiewende und grünes Wachstum sieht auch vor, dass die progressiven Erhöhungen des Beitrags für Klima und Energie durch eine Steuererleichterung kompensiert werden sollen.²⁷

Demzufolge hat die französische Regierung Kompensationsmaßnahmen geschafft, die zum einem **die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen** stärken sollten und zum anderen **die Energiearmut und den Energieverbrauch** senken sollten. Das Budget dieser Ausgaben fiel im Jahr 2018 wie folgt aus^{28&29}:

- **Finanzierung des erneuerbaren Stroms, des Biomethans und der Demand-Side-Management Ausschreibungen:** 7,2 Milliarden aus der TICPE, 1 Million aus der TICC, sowie 17 Millionen aus der Auktion der Grünstromzertifikate fließen auf ein spezielles staatliches Konto (*compte d'affectation spéciale transition énergétique*), das unter anderem die Förderung von erneuerbaren Energien und Demand-Side-Management finanzieren sollte. Ein Teil des Beitrages für Klima und Energie fördert dieses staatliche Konto.
- **Steuerergünstigung für Wettbewerb und Arbeitsplätze** für die Unternehmen (*crédit impôt pour la compétitivité et l'emploi*, CICE): 3 Mrd. €
- **Reduzierte Mehrwertsteuer für Sanierungsmaßnahmen und erneuerbare Wärme für die Haushalte auf 5,5% statt 19,6%:** 1 Mrd.€
- **Erhöhung der Umtauschprämie für alte Benzin- oder Dieselfahrzeuge** gegen CO₂-sparsame Modelle, die weniger als 130 gCO₂/km ausstoßen. Für von der Einkommenssteuer befreite Haushalte wurde diese Prämie zudem zusätzlich auf 2.000 € statt 1.000 € verdoppelt. Die Regierung hat die Kosten dieser Maßnahme auf 127 Millionen € geschätzt.
- Die flächendeckende **Einführung eines jährlichen Energieschecks für Haushalte mit geringen Einkommen:** Rund 4 Millionen Haushalte haben durchschnittlich 150 € für das Jahr 2018 sowie weitere 200 € für das Jahr 2019 erhalten. Diese Schecks können sowohl zur Begleichung der privaten Energiekosten als auch für energetische Sanierungsmaßnahmen genutzt werden (z. B. Dämmungsmaßnahmen oder Einbau von Heizungen, die mit erneuerbarer Wärme versorgt werden). Die Kosten dieser Maßnahme wurden mit 581 Millionen für 2018 und etwa 800 Millionen € für 2019 eingeplant. Es entsprach eine Erhöhung jeweils von 81 Millionen und 300 Millionen € im Vergleich zu den bisherigen sozialen Energietarifen.
- Das **Haushalt der Agentur für die Verbesserung des Wohnraumes (ANAH)** sollte auch mit zusätzlich 80 Millionen für da Jahr 2019 erhöht werden, um das jährliche Ziel von 75.000 energetischen Sanierungen für Haushalte mit geringen Einkommen einzuhalten.³⁰

Der Haushaltsausschuss des Senats hatte jedoch den steigenden Unterschied zwischen Einnahmen und die Höhe der Kompensationsmaßnahmen für 2018 und 2019, sowie die mangelnde Transparenz der Verwendung kritisiert. Laut dem Senat fehlte es 3,5 Milliarden an Kompensationsmaßnahmen für das Jahr 2018.³¹

²⁶ I4CE (2018), La composante carbone en France (auf [Französisch](#)) und Ademe (2019), La contribution climat-solidarité (auf [Französisch](#)).

²⁷ Art. 1, [LITECV](#).

²⁸ Sénat (2017), Avis sur le projet de loi de finances pour 2018, tome II, Écologie, développement et mobilité durables (énergies) (auf [Französisch](#)).

²⁹ MTEES (2018), Paquet solidarité climatique, quatre mesures écologiques et solidaires, [Pressedossier](#).

³⁰ Ademe (2019), La contribution climat-solidarité, fiche technique (auf [Französisch](#)).

³¹ Sénat (2017), Avis sur le projet de loi de finances pour 2018, tome II, Écologie, développement et mobilité durables (énergies) (auf [Französisch](#)).

II.2. Gelbwestenbewegung und aktuelle Diskussionen in Frankreich

Die Gelbwestenbewegung

Im November 2018 entstand eine Protestbewegung von PKW-Fahrern, die sich gegen die Erhöhung der Kraftstoffpreise und die Senkung des Tempolimits auf Landstraßen auf 80 km/h richtete. Ihr Name leitet sich von ihrem Erkennungszeichen, der gelben Warnweste für Autofahrer im Falle einer Panne, her. Diese äußerst heterogene Bewegung entwickelt sich dann zu einem Protest gegen Steuern, die Regierung allgemein und für mehr direkte Demokratie. Gelbwesten protestierten unter anderem auf den Kreisverkehren, sowie im Rahmen von wöchentlichen – teils gewalttätigen - Demonstrationen in den Zentren großer Städte, sowie im Internet.

Zahlreiche Berichte zu der Bewegung sind seitdem erschienen. Aufgrund der Vielfalt der beteiligten Gruppen, der Forderungen, die sich zum Teil widersprechen und der Intensität der Bewegung, ist es nach wie vor schwierig sie zu einzuordnen und zu beschreiben. Einige Beispiele dieser Beiträge finden sie hier: Karten der Bewegungen im November von dem [Institut des Politiques Publiques](#) und im Dezember von [Cepremap und Sciences Po](#), eine soziologische Untersuchung der Aussagen der Gelbwesten durch [Pacte](#) oder eine achtstündige Debatte, übertragen vom Radiosender [France Culture](#). Weiterhin hat die [ausländische Presse](#) viel über die Situation in Frankreich berichtet, wie z.B. [Deutschlandfunk Kultur](#) zu der Gewalt während der Demonstrationen im Februar oder die italienische Zeitung [La Repubblica](#) zu dem Fernsehprogramm *Touche pas à mon poste !* und dessen Verbindung mit den Gelbwesten.

Maßnahmen der Regierung:

Als Reaktion zu den Protesten wurde **der Beitrag für Klima und Energie auf 44,6 €/tCO₂, sowie die Steuerangleichung im Dezember 2018 eingefroren**. Weitere soziale und Steuermaßnahmen wurden von der Regierung angekündigt.³²

Eine „große nationale Debatte“ über die Themen **Energiewende, Steuern, Haushalte, Demokratie, Staatsbürgerschaft, Staatsorganisation und öffentlichem Dienst** fand zwischen Dezember 2018 und März 2019 statt. Etwa 2 Millionen Menschen haben entweder online, schriftlich oder durch lokale Bürgertreffen daran teilgenommen. 58% der online Beteiligten haben sich gegen eine Ökosteuer oder eine Steuer auf Tabak und Alkohol erklärt, 39% dafür. Dabei gab es einen Meinungsunterschied zwischen bevölkerungsreichen und weniger bevölkerungsreichen Kommunen.³³ Parallel waren 59% der Menschen der Meinung, dass die ökologische Wende sowohl vom Haushalt als von einer Umweltbesteuerung finanziert werden sollte. 69% fanden, dass diese Finanzierung sowohl Unternehmen, Administration als auch die Haushalte betreffen sollte. Anschließend waren 53% der Ansicht, dass importierte umweltschädliche Produkte besteuert werden sollten.³⁴

Im Juli 2019 hat die französische **Regierung eine zusätzliche Ökosteuer der nationalen und internationalen Flugtickets** angekündigt. Damit sollen die Flugtickets zwischen 1,5 € und 18 € zusätzlich kosten. Die Einnahmen wurden auf 180 Millionen Euros für 2020 geschätzt und sollen zur Finanzierung der öffentlichen Verkehrsmittel dienen.³⁵

Weitere Diskussionen über die Zukunft der CO₂-Bepreisung in Frankreich:

Die CO₂-Bepreisung und ihre Zukunft wird seit dem Anfang der Gelbwestenbewegung viel diskutiert. Im Juli 2019 hat die französische Regierung angekündigt, dass keine Erhöhung des Beitrages für Klima und Energie im Haushaltsgesetz für 2020 vorgesehen ist.³⁶ Parallel wurden folgende Berichte, aus öffentlichen Strukturen veröffentlicht:

- **Schätzung des Aktionswerts für das Klima** (*valeur de l'action pour le climat* oder *shadow price of carbon*): Im Februar 2019 hat France Stratégie, der Wissenschaft- und Wirtschaftsrat des Premierministers, einen Bericht zum Aktionswert für das Klima veröffentlicht. Sie haben dabei ihre Schätzungen aus dem Jahr 2009 aktualisiert, die für den ursprünglichen Entwicklungspfad der CO₂-Steuer verwendet wurde.³⁷ Im aktuali-

³² MTES (2019), Prime à la conversion des chaudières (auf [Französisch](#)). Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

³³ Bewohner von ländlichen Kommunen haben sich zu 33% dafür und 64% dagegen erklärt. Bewohner von Kommunen über 100.000 Einwohner haben sich zu 44% dafür und 54% dagegen erklärt. Quelle: Le Grand Débat National (2019), Traitement des données issues du grand débat national « La fiscalité et les dépenses publiques », auf [Französisch](#).

³⁴ Le Grand Débat National (2019), Traitement des données issues du grand débat national « La transition écologique », auf [Französisch](#).

³⁵ Conseil de défense écologique (2019), Conférence de presse du 9 juillet 2019, Video auf [Französisch](#).

³⁶ Conseil de défense écologique (2019), Conférence de presse du 9 juillet 2019, Video auf [Französisch](#).

³⁷ Centre d'analyse stratégique (2009), La valeur tutélaire du carbone, auf [Französisch](#).

sierten Bericht wurde das neu festgelegte Ziel von Klimaneutralität für 2050, sowie die Verzögerungen bei dem Rückgang der internationalen Treibhausgasemissionen berücksichtigt. Dieser Aktionswert entspricht dem gesellschaftlichen Wert der Maßnahmen, um Treibhausgasemissionen einzusparen und die Klimaneutralität zu erreichen. France Stratégie empfiehlt dabei für das Jahr 2030 einen Zielwert von 250 €/tCO₂. Eine Investition (z.B. Haussanierung), die günstiger als 250 €/tCO₂, solle dementsprechend unternommen werden. Dieser Aktionswert könne auch verwendet werden, um politische Instrumente (z.B. Normen, Förderungen, Steuer) zu bewerten.³⁸

- Die **französische Agentur für Umwelt und Energie** (*Agence de l'Environnement et de la Maîtrise de l'Énergie*, ADEME) hat im April 2019 **eine Stellungnahme zum Thema CO₂-Steuer** veröffentlicht.³⁹ Sie weist darauf hin, dass ein Verzicht auf weitere Erhöhungen der CO₂-Steuer hohe ökonomische, soziale und ökologische Kosten verursachen würde. Um die französischen Klimaschutzziele zu erreichen, empfiehlt die ADEME eine CO₂-Steuer von rund 70 €/tCO₂ für 2020 und 200 €/tCO₂ für 2030. Damit würde Frankreich 26 MtCO₂ einsparen. Weiterhin empfiehlt sie eine komplette Rückverteilung der resultierenden Steuereinnahmen für die Haushalte, die nach Einkommen degressiv sein sollte, sowie für die Gebietskörperschaften und Unternehmen. Ihren Einschätzungen zufolge würde eine solche tCO₂-Steuer die Investitionen im Energieeffizienz oder Substitutionstechnologie erhöhen, was die Wirtschaftsaktivität und das verfügbare Bruttoeinkommen der Haushalte dynamisieren würde.

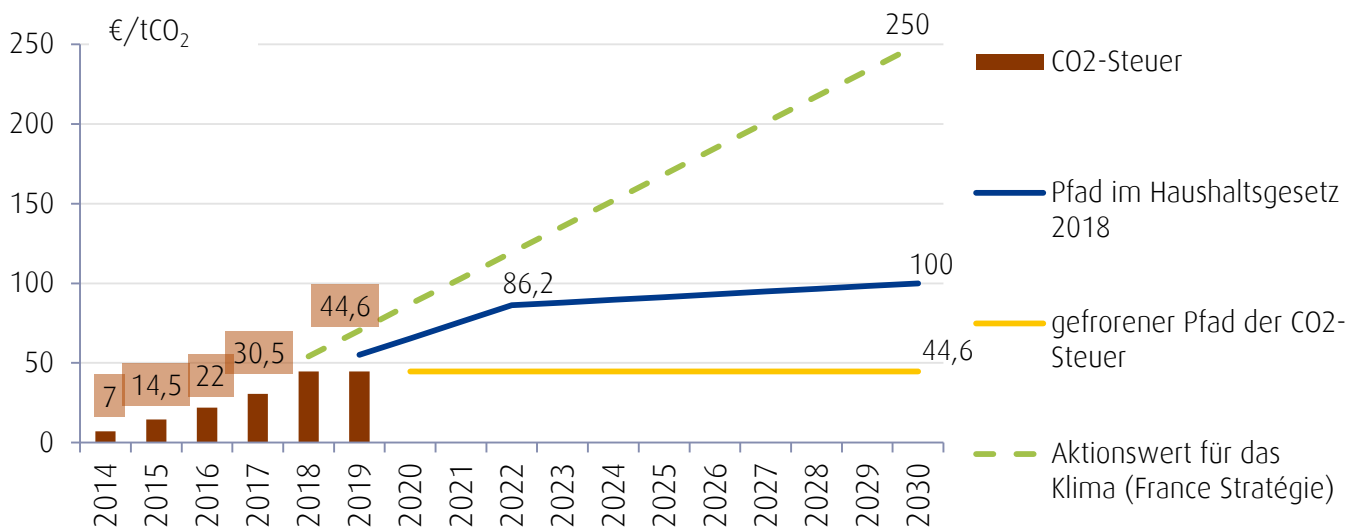


Abbildung 5: Entwicklung des französischen Beitrages für Klima und Energie, möglichen Entwicklungspfad und Aktionswert für das Klima bis 2030. Quellen: MTES, ADEME und France Stratégie. Darstellung: DFBEW.

³⁸ France Stratégie (2019), La valeur de l'action pour le climat. Une valeur tutélaire du carbone pour évaluer les investissements et les politiques publiques, auf [Französisch](#) und [Englisch](#).

³⁹ ADEME (2019), Les avis de l'ADEME, La contribution climat solidarité, auf [Französisch](#).



Disclaimer

Der vorliegende Text wurde durch das Deutsch-französische Büro für die Energiewende (DFBEW) verfasst. Die Ausarbeitung erfolgte mit der größtmöglichen Sorgfalt. Das DFBEW übernimmt allerdings keine Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit der Informationen.

Alle textlichen und graphischen Inhalte unterliegen dem deutschen Urheber- und Leistungsschutzrecht. Sie dürfen, teilweise oder gänzlich, nicht ohne schriftliche Genehmigung seitens des Verfassers und Herausgebers weiterverwendet werden. Dies gilt insbesondere für die Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung, Verarbeitung, Einspeicherung und Wiedergabe in Datenbanken und anderen elektronischen Medien und Systemen.

Das DFBEW hat keine Kontrolle über die Webseiten, auf die die in diesem Dokument sich befindenden Links führen. Für den Inhalt, die Benutzung oder die Auswirkungen einer verlinkten Webseite kann das DFBEW keine Verantwortung übernehmen.